Otto Graf Lambsdorff vor dem Flick-Untersuchungsausschuss (2. Februar 1984)

Kurzbeschreibung

Der Flick-Untersuchungsausschuss des Bundestages (1983–85) beschäftigte sich mit dem Vorwurf der Bestechlichkeit gegen Bundespolitiker. 1975 hatte der Flick-Konzern für ein großes Aktiengeschäft eine beantragte Steuerbefreiung vom Bundeswirtschaftsministerium, das von FDP-Mitglied Hans Friderichs geleitet wurde, in zeitlicher Nähe zu Parteispenden an die FDP erhalten. Die Staatsanwaltschaft eröffnete daher im Februar 1982 ein Ermittlungsverfahren gegen den Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch, den FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und seinen Amtsvorgänger Hans Friderichs. Im Verlauf der Flick-Affäre wurde bekannt, dass CDU/CSU, FDP und SPD illegale Spenden vom Flick-Konzern erhalten hatten, was das öffentliche Vertrauen in die bundesdeutsche Politik nachhaltig untergrub. Ein Versuch der christlich-liberalen Regierungskoalition, sowohl Spender als auch Spendenempfänger per Gesetz nachträglich zu amnestieren, scheiterte im Mai 1984 an der öffentlichen Entrüstung darüber. Lambsdorff trat am 26. Juni 1984 als Minister zurück und wurde neben Brauchitsch und Friderichs im Februar 1987 wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Hier abgebildet ist Lambsdorffs Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss am 2. Februar 1984.

Quelle

Quelle: Flick-Untersuchungsausschuss 1984 / Vernehmung BM Lambsdorff. Aufnahmedatum: 2. Februar 1984. Foto: Ulrich Wienke. Bundesbildstelle, B 145 Bild-00088601.

© Bundesbildstelle

Empfohlene Zitation: Otto Graf Lambsdorff vor dem Flick-Untersuchungsausschuss (2. Februar 1984), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <https://germanhistorydocs.org/de/zwei-deutsche-staaten-1961-1989/ghdi:image-2473> [12.11.2026].